

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Wirtschaftsförderung und Beschäftigung am 18.09.2007**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal
Marktplatz 2
06100 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 20:15 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Martin Bauersfeld	CDU	
Herr Milad El-Khalil	CDU	
Frau Franziska Godau	DIE LINKE	Vertreterin von Herrn Dr. Köck
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	DIE LINKE	Vertreterin von Herrn Heft
Herr Dr. Frank Eigenfeld	SPD	
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS	Vertreter von Frau Prof. Vent
90/DIE GRÜNEN		
Frau Birgit Leibrich	SKE	
Herr Jörg Puschmann	SKE	
Herr Prof. Dr. Dieter Schuh	UNABHÄNGIGE	
Herr Ulrich Richter	SKE	
Herr Matthias Waschitschka	SKE	

Entschuldigt fehlen:

Herr Oliver Christoph Klaus	CDU	
Herr Uwe Heft	DIE LINKE	i. V. Frau Schlüter-Gerboth
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE	i. V. Frau Godau
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE	
Herr Dr. Andreas Schmidt	SPD	i. V. Herr Dr. Brockmann
Herr Dr. Wilfried Fuchs	FDP	
Herr Dirk Neubauer	WIR. FÜR HALLE.	
Frau Prof. Dorothea Vent	MitBürger	i. V. Herr Wehrich
Herr Dr. Inno Rapphel	SKE	
Herr Nils Doege	SKE	
Herr Stefan Wuttke	SKE	

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit wurde festgestellt.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Aufgrund des Einbringens der Dringlichkeitsvorlage IV/2007/06727 durch Herrn Götte wird die Tagesordnung wie folgt geändert:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Vorlagen
- 4.1. Beschluss zur öffentlichen Erschließung des Industriegebietes Halle-Saalkreis an der A14 und finanzielle Absicherung der Erschließungsmaßnahme
Vorlage: IV/2007/06727
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der CDU-Fraktion zur Entwicklung eines Innenstadt- und Einzelhandelskonzeptes
Vorlage: IV/2007/06258
6. Anfragen von Stadträten
- 6.1. Darstellung der Aufgaben der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH und der BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)
7. Diskussion mit der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH über die Präsentation der Stadt Halle (Saale) nach außen
8. Marketingkonzept der Wirtschaftsförderung
Bericht über den Leistungszeitraum 10/2006 - 09/2007
Entscheidung über die Ausübung des Optionsrechtes für den Leistungszeitraum 01/2008 bis 12/2008
9. Beantwortung von Anfragen
10. Anregungen
11. Mitteilungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 17.07.2007 wurde bestätigt.

zu 4 Vorlagen

zu 4.1 Beschluss zur öffentlichen Erschließung des Industriegebietes Halle-Saalkreis an der A14 und finanzielle Absicherung der Erschließungsmaßnahme
Vorlage: IV/2007/06727

Herr Dr. Franke (Wirtschaftsförderung) leitete kurz zu der Dringlichkeitsvorlage der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG (nachfolgend EglG genannt) ein und wies auf die bereits erscheinenden Berichte der MZ über die geplante Erschließung des Industriegebietes Halle-Saalkreis an der A 14 hin. Nichtsdestotrotz vertrat er die Ansicht, dass eine erweiterte Stellungnahme nicht im öffentlichen Teil erfolgen sollte. Fragen werden im weiteren Verlauf jedoch gern durch Herrn Götte (EglG) und Herrn Dr. Franke beantwortet.

Herr Götte (EglG) machte weitere Ausführungen zu der Vorlage, um den Anwesenden die Bedeutung der Erschließung zu erklären. Dabei ging er auf die letzte große Investorenanfrage ein, bei der Halle auf der sogenannten „Shortlist“ des Investors stand. Da sich der Investor jedoch für einen außereuropäischen Standort entschieden hätte, sollte alles daran gesetzt werden, die Vermarktungsnachteile des Areals zu beseitigen, indem die derzeit ober- sowie unterirdisch vorhandenen Gas- und Stromleitungen verlegt werden. Auch durch das Wirtschaftsministerium würde bekräftigt, dass genügend Gründe dafür sprechen, dem Gebiet den gleichen Status wie anderen Gebieten Sachsen-Anhalts zu geben. Die Bewilligung der Fördermittel muss zwingend noch in diesem Jahr erfolgen. Die Förderung des Landes beläuft sich dabei auf 90%, sodass die Stadt einen Eigenanteil von 4,8 Mio. Euro zu tragen hätte (weitere Ausführungen zur Finanzierung siehe in der Begründung der Vorlage). Die Erschließungsplanung wurde im Jahre 2001 speziell auf die Ansiedlung eines Werkes der BMW AG ausgerichtet. Auf dem Gebiet soll nun eine Standarderschließung, aber keine endgültige Erschließung, vorgenommen werden. Herr Götte wies darauf hin, dass der Geschäftsbereich I der Stadt Halle eine Ergänzung des vorliegenden Beschlussvorschlages um die Darstellung der Gesamtdeckung und Finanzierung in einem 5. Punkt verlangt hat und dies so schnell als möglich realisiert wird.

Insgesamt stellte Herr Götte zusammenfassend fest, dass die Erschließung zwar auch kein Garant für Ansiedlungen sein kann, hier aber dennoch Optimismus vorherrschen sollte.

Herr Wehrich (WIR. FÜR Halle / Bündnis 90/ Die Grünen/MitBürger) fragte nach dem Vorhandensein einer Aufstellung der Einzelposten und den Kosten.

Antwort durch **Herrn Götte**:

Herr Heinz wird diese Aufstellung zur Verfügung stellen. Die Unternehmen, die an der Erschließung mitwirken würden, müssen zunächst ihre Planung überprüfen. Eine Aufstellung bis zum nächsten Tag kann daher nicht gewährleistet werden.

Herr Dr. Franke betonte:

Entscheidend für die Förderung sei eine Sicherung der Antragstellung, weshalb derzeit nur ein Status und keine endgültige Aufstellung lieferbar sei.

Herr Bauersfeld (CDU) äußerte Bedenken gegenüber der Dringlichkeitsvorlage. Angesichts der Haushaltssituation sieht er die Finanzierung einer Vorerschließung eher kritisch.

Herr Dr. Eigenfeld (SPD) fragte nach Konsequenzen durch die Gebietsreform.

Herr Götte antwortete, dass die Gesamtfläche des Industriegebietes der EglG gehört. Insgesamt sind Teilflächen von 5 Gemeinden betroffen. Hierfür wurde eigens ein Planungsver-

band zwischen der Stadt Halle und den Gemeinden Peissen, Reußen, Queis, Dölbau gegründet. Die Gebietsreform hat daher keinerlei Auswirkungen.

Herr Wehrich zitierte Punkt 3.1.3 einer Landesregelung zur GA-Förderung und äußerte, dass er die Dringlichkeit der Vorlage als nicht ausreichend begründet ansieht. Es stelle sich daher die Frage, wie ein späterer Verwendungsnachweis erstellt werden könne, wenn es im schlimmsten Fall zu keiner Ansiedlung kommt.

Antwort von **Herrn Götte**:

Die von Herrn Wehrich aufgeführte Landesregelung zur GA-Förderung war Herrn Götte nicht bekannt. Bereits am 04.09.2007 wurde im Ministerium für Wirtschaft und Arbeit gemeinsam mit Vertretern des Referates für Wirtschaft des Landesverwaltungsamtes dazu Stellung bezogen.

Insgesamt stellt sich bei der Erschließung ein überschaubares Risiko dar.

Herr Dr. Franke machte noch einmal deutlich, dass die Stadt Halle erst durch die BMW-Fläche überhaupt in die Lage versetzt wurde, sich für Großprojekte zu bewerben und somit eine Erschließung des Industriegebietes positive Effekte für den Standort Halle haben könne. Er plädierte ausdrücklich dafür, auch dem Interesse des Landes zu folgen.

Wichtig sei auch die Tatsache, dass die Förderung zu einem späteren Zeitpunkt nicht mehr in der jetzigen Höhe von 90% erfolgen würde und dann auf die Stadt zumindest eine Verdoppelung der Co-Finanzierung zukomme.

Herr Wehrich erschien das Risiko nach Abwägungsgesichtspunkten viel zu hoch. Die Vorteile erschließen sich seiner Meinung nach nicht deutlich genug, da nicht versichert werden könne, dass eine tatsächliche Verbesserung durch die Vorratserschließung gegeben sei und ein Ansiedlungsverfahren dadurch gewonnen wird. Es stellt sich zudem die Frage, wie sich der Zeitraum der Leitungsverlegung gestaltet.

Herr Götte erklärte, dass die Baufreiheit bereits erteilt wurde.

Auf die Frage von **Herrn Bauersfeld**, ob bereits Vereinbarungen mit Netzbetreibern abgeschlossen seien, gab **Herr Götte** die Auskunft, dass diese aktualisiert worden sind und das Einverständnis der Eigentümer vorliegt.

Herr Waschitschka (SKE) äußerte sein Unverständnis über die Diskussion, da dieser Ausschuss für und nicht gegen die Wirtschaftsförderung arbeiten sollte.

Herr El-Khalil warb daraufhin ebenfalls für die Bestätigung der Vorlage.

Herr Prof. Dr. Schuh (Neues Forum + Unabhängige) erklärte, obwohl er zum damaligen Zeitpunkt für den Ankauf und die Entwicklung der Fläche gestimmt hatte, dass er heute zu einer anderen Meinung gekommen sei und gab zu Bedenken, welche anderen wichtigen Investitionen für die 50 Mio. DM, die die Fläche gekostet hat, getätigt werden können. Er hält seine Meinung von damals für falsch und spricht sich gegen eine Erschließung auf Vorrat aus. Wie er sich im Stadtrat abschließend positionieren wird, sei noch offen.

Frage von Frau Godau (Die Linke):

Gibt es konkrete Äußerungen der Investoren, dass die Ansiedlung aufgrund der Leitungen nicht am Standort Halle vorgenommen wurde? (Beantwortung der Frage im nicht öffentlichen Teil; TOP 3 Vorlagen der nicht öffentlichen Niederschrift)

Herr Wehrich fragte, ob andere Vermarktungsnachteile als die der Leitungen bekannt seien. (Beantwortung der Frage im nicht öffentlichen Teil; TOP 3 Vorlagen der nicht öffentlichen Niederschrift)

Herr Dr. Franke befürwortete, die Beantwortung der Fragen von Frau Godau und Herrn Wehrich auf den nicht öffentlichen Teil zu verlegen, da man seiner Ansicht das Thema Nachteile eines Standortes grundsätzlich und im Detail keinesfalls in der Öffentlichkeit diskutieren sollte.

Herr Dr. Eigenfeld sprach sich für eine Abstimmung über die Beschlussvorlage im öffentlichen Teil aus.

Im weiteren Verlauf wurde die Nichtöffentlichkeit hergestellt, um über die Fragen von Herrn Wehrich und von Frau Godau zu sprechen. Die Antworten sind daher unter *TOP 3 Vorlagen der nicht öffentlichen Niederschrift* hinterlegt.

Für die Abstimmung wurde die Öffentlichkeit wieder hergestellt.

Herr Götte führte abschließend noch einmal aus, dass das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit die bestehenden Nachteile des Industriegebietes beseitigen möchte. Wenn die Förderung für die Stadt Halle nicht genutzt wird, würden die Mittel in andere Standorte investiert werden.

Beschlussvorschlag:

1. *Der Stadtrat beschließt die öffentliche Erschließung des Industriegebietes Halle-Saalkreis an der A 14 in einem Gesamtwertumfang von bis zu 48 Mio. €.*
2. *Die Verwaltung der Stadt Halle (Saale) wird beauftragt, alle erforderlichen Aktivitäten zur Durchführung der Erschließung des Industriegebietes Halle-Saalkreis an der A 14 unverzüglich in die Wege zu leiten.*
3. *Zur finanziellen Absicherung der Erschließung des Industriegebietes Halle-Saalkreis an der A 14 wird die Verwaltung der Stadt Halle (Saale) beauftragt, entsprechend der Rahmenvereinbarung zur Gemeinschaftsaufgabe einen Antrag auf Förderung dieser für die Stadt Halle (Saale) wichtigen Infrastrukturmaßnahme zu stellen.*
4. *Die Verwaltung der Stadt Halle (Saale) stellt auf geeignete Weise sicher, dass die für die Entwicklung des Industriegebietes Halle-Saalkreis an der A 14 von der Stadt Halle (Saale) gegründete Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG in Abhängigkeit von der Gewährung der beantragten Fördermittel (siehe Punkt 3) finanziell so ausgestattet wird, dass sie ihren satzungsgemäßen Aufgaben auch tatsächlich nachkommen kann.*
5. *Die Einordnung der Maßnahme erfolgt in den Haushaltsplan 2007 und das Investitionsprogramm bis 2010. Dazu wird die außerplanmäßige Ausgabe im Haushaltsjahr 2007 in Höhe von 13.200.000 EUR genehmigt. Die Genehmigung erfolgt unter dem Vorbehalt der Ausreichung des Bewilligungsbescheides für Fördermittel durch die Bewilligungsbehörde.*

Abstimmungsergebnis:

4 Jastimmen
2 Neinstimmen
1 Enthaltung

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der CDU-Fraktion zur Entwicklung eines Innenstadt- und Einzelhandelskonzeptes **Vorlage: IV/2007/06258**

Herr Lunebach (Leiter Stadtentwicklung- und planung) entschuldigte zunächst seine Nicht-anwesenheit in der Julisitzung.

Rückblickend fasste er die Intention des erstmalig am 28.02.2007 eingebrachten Antrages zusammen, welcher sich vor allem auf die Ordnung im öffentlichen Raum/ auf öffentlichen Verkehrsflächen bezieht. Vom Geschäftsbereich II Planen, Bauen und Straßenverkehr wurde dazu im Vorfeld eine Stellungnahme erarbeitet.

Herr Lunebach erläuterte, dass das Regelwerk (Sondernutzungssatzung) generell geändert werden könnte, wenn dies gewünscht wird.

Herr El-Khalil hatte durch die Antragstellung auf Vorschläge aus der Verwaltung gehofft, wie das Problem zu lösen sei.

Herr Lunebach führte folgendes dazu aus:

Erstens entspricht die derzeitige Situation den Normen und zweitens ist es eine gestalterische Frage, wie mit der Sondernutzungssatzung umzugehen ist. Herr Lunebach verdeutlichte seine Aussage am Beispiel des Wochenmarktes, welcher aus gestalterischer Sicht auf der Westseite nicht optimal angesiedelt ist, aus Sicht der Händler jedoch schon.

Herr Wehrich betonte, da der Sinn und Zweck des Antrages nicht völlig klar erscheinen, sollte eine konkretere Formulierung durch die Antragsteller erfolgen.

Die Mitglieder einigten sich auf die Vertagung des Tagesordnungspunktes und **Herr El-Khalil** sagte eine Konkretisierung des Antrages bis zur nächsten Sitzung zu.

Abschließend erklärte **Herr Lunebach**, dass man relativ frei in der Gestaltung der Sondernutzungssatzung sei. Jedoch muss allen klar sein, je kleinteiliger die Ladenstruktur ist, umso mehr Ladenaufsteller befinden sich im öffentlichen Raum. Rechtlich sei es jedoch nicht möglich, ein Auswahlrecht für Aufsteller zu treffen. Die DSM GmbH genehmigt die Aufsteller nach den Regeln der Sondernutzungssatzung. Weiterhin empfiehlt Herr Lunebach, wenn eine Änderung der Sondernutzungssatzung vorgenommen werden soll, muss eine offene Diskussion mit der Citygemeinschaft geführt werden. Der Antrag sollte auch seiner Ansicht nach präzisiert werden.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Auf der Grundlage und in Auswertung bisher vorliegender Konzeptionen, entwickelt die Stadt Halle (Saale) ein auf die kommenden Jahre ausgerichtetes Innenstadt- und Einzelhandelskonzept als Ordnungs- und Steuerungsinstrument mit dem Ziel:

- *Stärkung der Funktion der Innenstadt als Erlebnisraum, Wohn-, Handels- und Kultur-Standort*
- *der Sicherung und Stabilisierung der Angebots- und Funktionsvielfalt der Innenstadt*
- *der Sicherstellung einer quantitativ wie qualitativ ausgewogenen Versorgungsstruktur*
- *der Aufwertung der Standortqualitäten in den zentralen Versorgungsbereichen*
- *der Korrektur von Fehlentwicklungen und Verwerfungen*
- *der Schaffung von Planungs- und Investitionssicherheit für Verwaltung, Handel, Gastronomie, Investoren und Immobilienwirtschaft*

Wo notwendig und empfehlenswert sind weitere Betroffene (Kammern, Immobilienwirtschaft, Vermieter, Händler und Gastronomen, Interessenverbände u.ä.) an der Erarbeitung zu beteiligen.

Die Innenstadt- und Einzelhandelskonzeption sollte insbesondere auch der Entwicklung in den benachbarten Oberzentren (etwa Leipzig, Magdeburg), aber auch des Umlandes Rechnung tragen.

Die Innenstadt- und Einzelhandelskonzeption ist dem Rat bis zum 18.07.2007 zur Beratung vorzulegen.

In der Folge berichtet die Stadtverwaltung jährlich über die Umsetzung der Konzeption.

*gez. Bönisch
Fraktionsvorsitzender*

Abstimmungsergebnis: **vertagt**
auf die Oktobersitzung

zu 6 Anfragen von Stadträten

zu 6.1 Darstellung der Aufgaben der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH und der BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)

„In der Julisitzung wurde nach den Aufgaben der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG (EgIG) sowie der BeteiligungsmanagementAnstalt Halle (BMA) gefragt.“

I. Zur BMA:

Herr Lork als Vorstandsvorsitzender der BMA erklärte daher die Aufgaben und Projekte der BMA. Ursprünglich ist die BMA aus einer Stelle im Büro der Oberbürgermeisterin entstanden. Die Hauptaufgaben liegen in der Beratung des Verwaltungsrates sowie der Führung der Gesellschafterakten über alle kommunalen Beteiligungen (ca. 100) der Stadt Halle. Die Beratungstätigkeit wird jedoch kaum abgefragt.

Insgesamt erschließt sich der Anstaltszweck aus der Satzung des Kommunalunternehmens. Innerhalb der BMA wird das Managementinstrument der Balanced Scorecard angewendet und die Bezahlung der Mitarbeiter erfolgt nach Aufgabenerfüllung. Die bei der BMA entwickelte EDV-technische Unterstützung zur Führung der Gesellschafterakten sei in Deutschland fast einmalig.

Zur Personalsituation führte Herr Lork aus, dass die Stelle für den Bereich Recht nicht weiter besetzt sein wird, sondern dafür eine weitere Stelle für den Backofficebereich geplant ist.

Da sich Herr Bauersfeld stark für das Projekt Flughafen Leipzig/ Halle (Produktgruppe 6) interessierte, einigte man sich darauf, dieses Thema in einer der nächsten Sitzungen zu behandeln. Frau Schlüter-Gerboth schlug Herrn Bauersfeld für einen weiteren Informationsaustausch vor, Herrn Lork in die Fraktion der CDU einzuladen.

Als Anhang sind dem Protokoll beigefügt:

- Organigramm der BMA
- Produkte der BMA

- Aktuelle Projekte der Produktgruppe 6
- Projekte zu Produktgruppe 9

II. Zur EglG:

Herr Götte als derzeitiger Geschäftsführer (in Nebentätigkeit) erläuterte die Aufgaben der EglG. Diese wurde eigens zu dem Zweck gegründet, die Entwicklungsmaßnahme „Industriegebiet Halle – Saalkreis an der A 14“ rechtlich, organisatorisch und finanziell als Erschließungsträger zu sichern. Grundlage der Planung und Abwicklung der Erschließungsmaßnahmen ist der Erschließungsvertrag zwischen dem interkommunalen Planungsverband (Stadt Halle und Gemeinden Queis, Dölbau, Reußen und Peißen) und der Gesellschaft. Ursprünglich war geplant, mehrere Entwicklungsgesellschaften zu gründen. Die Tätigkeit der EglG bezieht sich auf die Abwicklung der Bauleitplanung, den Erwerb von Grundstücken und die Vergabe von Leistungen der Ersterschließung für die Entwicklungsmaßnahme. (Das Projekt wurde 2005 im Stadtrat vorgestellt.)

Herr Bauersfeld fragte nach den Aktivitäten zur Vermarktung des Geländes.

Antwort durch **Herrn Dr. Franke**:

Das damalige BMW-Verfahren wurde genutzt, um ein kleinteilig angelegtes Gewerbegebiet in ein Industriegebiet umzuwandeln. Das Gebiet wurde daher in eine Entwicklungsgesellschaft eingebunden, was in anderen Städten ebenfalls üblich ist. Der Geschäftszweck ist daher als Steuerungsinstrument der Flächenvorsorge angelegt. Während die Entwicklungsgesellschaft die technische Entwicklung betreut, hat die Wirtschaftsförderung die Aufgabe, die Investoren anzusprechen und zu betreuen. Es gäbe eine Vorschlagsliste für entsprechende Entwicklungen.

Die Phänomene sei außerdem nicht als ein Flop der Wirtschaftsförderung anzusehen, wie es immer dargestellt wird, da das Gebiet heutzutage zumindest eine beräumte Fläche darstellt. Die Wirtschaftsförderung hatte lediglich die Schritte bis zur Stadtratsvorlage und dem Gutachten der Wenzel-Consulting begleitet. Die Zusammenarbeit auf Vertragsgrundlage erfolgte durch die EglG.

zu 7 **Diskussion mit der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH über die Präsentation der Stadt Halle (Saale) nach außen**

Die Diskussion mit der Stadtmarketing Halle wurde in der Sitzung vom 17.07.2007 angeregt. Dazu wurde Herr Meyer-Mertel als Gast eingeladen. Da keine Fragen an ihn gerichtet wurden, blieb die geplante Diskussion aus.

zu 8 **Marketingkonzept der Wirtschaftsförderung Bericht über den Leistungszeitraum 10/2006 - 09/2007 Entscheidung über die Ausübung des Optionsrechtes für den Leistungszeitraum 10/2006 - 09/2007**

Herr Berger (Ö-Konzept, Agentur für integrierte Kommunikation GmbH & Co. KG) stellte das Marketingkonzept der Wirtschaftsförderung vor:

Die wesentlichen Punkte der Arbeit der Agentur sind:

- Gemeinschaftsstand der Stadt Halle mit der Stadt Leipzig auf der EXPO Real 2007
- Neuauflage von Broschüren
- Relaunch des Corporate Designs.

Die Präsentation wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung beschließt, entsprechend der Vorlage IV/2004/04509 und der Sitzung des Stadtrates vom 27.10.2004, von dem Optionsrecht Gebrauch zu machen und den Auftrag an die Firma Ö-Konzept, Agentur für integrierte Kommunikation GmbH & Co. KG, Halle für den Leistungszeitraum 01/2007 bis 12/2007 zu verlängern.

Abstimmungsergebnis:

6 Jastimmen
0 Neinstimmen
0 Stimmenthaltungen

- einstimmig zugestimmt -

zu 9 Beantwortung von Anfragen

- keine-

zu 10 Anregungen

- keine -

zu 11 Mitteilungen

Die nächste Ausschusssitzung wird voraussichtlich bei der Firma KSB durchgeführt.

Für die Richtigkeit:

Datum: 27.09.07

Milad El-Khalil
Ausschussvorsitzender

Kristin Henneick
Protokollführerin